

BÜNDNIS

Seit 2002 kämpft Mehr Demokratie e.V. mit dem Bündnis „Faires Wahlrecht“ für ein Wahlrecht in Hamburg, das den Wählerwillen abbildet. **Dank großer Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger konnte das beste Wahlrecht Deutschlands eingeführt werden.** Doch die Hamburger Politik kämpft seitdem vehement gegen das Bürgerwahlrecht und versucht regelmäßig die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger wieder zu beschränken. Wir finden: Das geht nicht! Deshalb wurde es Zeit das Bündnis erneut zu aktivieren.

- Mehr Demokratie e.V. Hamburg
- Piratenpartei Hamburg
- DIE LINKE Hamburg
- Freie Demokratische Partei (FDP) Hamburg
- FREIE WÄHLER Hamburg
- Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) Hamburg
- Bürgerinitiative „Langenhorn 73“
- Die PARTEI Hamburg

VERTRAUENSPERSONEN

Manfred Brandt:

„Die Hamburgische Verfassung dient nicht der Machtsicherung der großen Parteien. Fakultative Referenden wurden eingeführt, um das Wahlrecht und die direkte Demokratie zu schützen. Dieser Schutz soll nun umgangen werden.“

Angelika Gardiner:

„Änderungen des Wahlrechts im Hauruckverfahren kurz vor der Wahl um sich selbst Vorteile zu verschaffen, sind nicht nur politisch unanständig – sie beschädigen auch die parlamentarische Demokratie.“

Matthias Cantow:

„Die Drei-Prozent-Sperrklausel für die Wahl zu den Bezirksversammlungen greift wie jede Sperrklausel in die Wahlgleichheit der Hamburgerinnen und Hamburger ein – so wie es das Hamburgische Verfassungsgericht festgestellt hat.“



FAIRES WAHLRECHT

Jede Stimme zählt!



HÄNDE WEG VOM WAHLRECHT!

Referendum gegen die
Wahlrechtsänderung

Am 12. Dezember 2013 hat die Hamburgische Bürgerschaft mehrheitlich die Wiedereinführung einer 3%-Hürde für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen beschlossen. So eine gesetzliche Hürde existierte bereits zur letzten Wahl. Sie wurde aber im Januar 2013 vom Hamburgischen Verfassungsgericht für nichtig erklärt. Deswegen wollen SPD, CDU und Grüne diese Hürde jetzt direkt in die Verfassung schreiben, um das Gericht zu umgehen.

Um dies zu verhindern, haben wir die Initiative „Faires Wahlrecht – Jede Stimme zählt!“ gegründet. Ziel ist es, über ein sogenanntes fakultatives Referendum die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs selber über diese geplante Änderung abstimmen zu lassen. Hierfür benötigen wir innerhalb von drei Monaten **Unterschriften von mindestens 32.000 Wahlberechtigten**. Nur dann findet zur nächsten Bürgerschaftswahl Anfang 2015 eine Volksabstimmung über diese Frage statt. Ansonsten würde die Änderung unmittelbar in Kraft treten.

WARUM SIND WIR GEGEN DIE ÄNDERUNG?

→ Die 3%-Hürde verstößt gegen die Wahl- und Chancengleichheit. So hat das Verfassungsgericht im Januar geurteilt. **Das Urteil soll jetzt durch eine Verfassungsänderung ausgehebelt werden.**

→ **Durch eine Sperrklausel werden Wählerstimmen ungleich bewertet**, je nachdem ob die gewählte Liste weniger oder mehr als 3% der Stimmen erhält. Wählerstimmen von Parteien unter 3% werden dann nicht berücksichtigt.

→ Niedrige Zugangshürden führen zu einer gewissen Durchlässigkeit im Parteiensystem und **wirken Politikverdrossenheit entgegen**. Neue Parteien oder Wählergemeinschaften können sich auf Bezirksebene bewähren oder scheitern. Eine künstlich erhöhte Hürde hält dagegen sogar noch Menschen davon ab, diesen Gruppierungen eine Chance zu

geben, weil ihre Stimme dann möglicherweise nicht zählen würde.

→ Die ständige Rechtsprechung der deutschen Verfassungsgerichte hält **Sperrklauseln auf kommunaler Ebene für ungerechtfertigt und unzulässig**. Daher haben alle Flächenländer diese Hürden abgeschafft. Nur Hamburg und Berlin wollen einen Sonderweg gehen.

→ Die Befürworter behaupten, die Sperrklausel wäre notwendig, um „Funktionsstörungen“ der Bezirksversammlungen durch eine „zersplitterte Parteilandschaft“ zu verhindern. Für solche „Funktionsstörungen“ gibt es aber keinerlei Beispiele. In den Räten von Städten wie München, Düsseldorf oder Frankfurt sitzen teilweise acht oder mehr Gruppierungen. Trotzdem funktionieren sie einwandfrei.

→ Die Befürworter behaupten, die Sperrklausel wäre notwendig, um Extremisten aus den Bezirksversammlungen fern zu halten. Tatsache ist aber, dass sie ebenso vollkommen unverdächtige Gruppierungen aus der Mitte der Gesellschaft trifft. Es könnte sogar passieren, dass eine populistische Partei über 3% durch die Aussperrung einer kleineren Gruppe einen zusätzlichen Sitz erhält. Abgesehen davon ist auch ohne Sperrklausel noch eine gewisse Stimmenzahl nötig, um aufgerundet einen Sitz zu erhalten.

WIE KANN ICH MITMACHEN?

→ Legt die Unterschriftenliste aus, sammelt bei euren Freunden, Bekannten, Nachbarn...

→ Unterschriftenlisten gibt es bei Mehr Demokratie, Mittelweg 12, 20148 Hamburg oder online auf www.faires-wahlrecht.de

→ Die Listen müssen **bis zum 16. März 2014** im Büro von Mehr Demokratie eingegangen sein. Spätere Eingänge sind leider ungültig.